

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Bezugspreis: 50 Halbpennig monatlich zusätzlich 6 Halbpennig Postaufschlaggebühren. — Verteilungen nehmen alle jüdischen Postämter, Briefkägen und Post-Fachstellen an der Gasse, Postfachstraße Nr. 21, entgegen. — Preis: halber Normal- und Schreiblohn. Entfallen bei Bezug von der Gattung für Verbreitung und Verteilung.

Abzugspreis: Für die letztgenannte Nummer: 20 Halbpennig. — Abzugspreis im Reichsgebiet 1 Mark. — Verlag: Berlin der Deutschen Demokratischen Partei, Gasse an der Gasse, Postfachstraße Nr. 21. — Schriftleitung: Gasse an der Gasse, Postfachstraße Nr. 21. — Telefon Nr. 1777.

Nummer 19 Halle (S.), Sonnabend, 18. Juli 1925 1. Jahrgang

Die Aufwertungsgeetze verfindet. Kampf um Agrarzölle und Sicherheitspakt. Einigkeit.

Der letzte Akt der Aufwertungsgeetze wird im Augenblick, da diese Zeilen gedruckt werden, im Reichstage aufgeführt. Die Aufwertung begegnete bisher nicht einmal sehr starkem Interesse, vielleicht weil die Träger der Hauptrollen verlagren. Der Schlußpakt begann mit einem heiteren Vorspiel, in dem der Abg. von Graefe durchaus nicht darauf verzichten wollte, den hochwichtigen Gelegenheitsreden über das

Tragen von Militäruniformen noch vor der Aufwertungsdebatte zu behandeln. Die D. N. waren in der Zwischmühle, natürlich hätten sie die Volkstischen gerne in dieser Frage unterstützt; — allein die drohenden Renner...! So verließen sie auch noch die „nationale Front“, was ihnen empörte Beschimpfungen der völkischen Heiden eintrug. „Nationale“ Einigkeit... Nachdem der sozialdemokratische Redner, Keil, den D. N. nochmals ihre ganze Demagogie vorgehalten, bellte Herzog die Tribüne, unter dem Zuruf: „Hier ist es heiß, ich kann auch anders!“

Er hatte die Unvorsichtigkeit, zu behaupten: „Ohne die D. N. gäbe es überhaupt keine Aufwertung!“ Nachdem er — als Vertreter einer der größten Regierungen! — die Möglichkeit einer neuen Regierungspartei an die Wand gemalt hatte, erklärte er, „man könne mit der Regierung nicht wie mit einer Puppe umspringen!“ Diese Bemerkung aus dem Munde des Führers der „oppositionellen Regierungspartei“ rief naturgemäß förmliche Heiterkeit hervor! Senkrecht war die Erklärung des nachfolgenden Zentrumredners, daß die Darstellung Herzogs über die Vorgänge in der Aufwertungsangelegenheit der historischen Wahrheit nicht entspreche. Er möge die Geduld des Zentrums nicht auf eine zu große Probe stellen! Diese Worte sind als Symptom für die Einigkeit innerhalb der Regierungsparteien zu werten.

Von Bedeutung war die Erklärung der demokratischen Fraktion, die wir an anderer Stelle im Wortlaut wiedergeben. Den Höhepunkt der Debatte bildete der große Angriff Weiss gegen die D. N., der diese Partei nach Gebühr gefielte. „Sie haben Ihr Wort gebrochen!“ rief er ihnen in großer Erregung zu. „Ich habe für Sie bei Wählerversammlungen gesprochen, daß die D. N. die Basis der Aufwertung bilden. Ein Mann ein Wort! Ich habe mich getäuscht!“ Inzwischen wird von den Parteien, die stets gegen Kompromisse und Kuhhandel der verdurten Republikaner gemeinert haben, um ein anderes Produkt von Kompromiß und Kuhhandel getampft:

die Zollvorlage. Freilich kann man nicht von einem Kampf sprechen, da die Regierungsparteien Kraft ihrer Mehrheit alle Anträge der Opposition kritiklos niederzulegen und in unschärfster Weise die Vorlage in den Ausschüßberatungen durchzusetzen. Der handelspolitische Ausschüß des Reichstages nimmt in seiner Mehrheit die Notwendigkeit von Industriezöllen als gegeben hin; sie ist im Reichswirtschaftsrat von den Sachverständigen — so nennt man die Interessenten, seitdem man die Fremdwörter ausmerzt! — bejaht worden. Anders sieht es mit den Agrarzöllen, die nur zum Ausgleich der Industriezölle benötigt werden. Dabei ist es ein Verdienst der demokratischen Reichstagsfraktion, daß sie eine Enquete über diese Frage durchgeführt hat, um doch wenigstens einigermaßen der Öffentlichkeit ein Urteil über die Notwendigkeit agrarischer Zölle zu ermöglichen. Obwohl auch diese

Agrar-Enquete zum Schlußergebnis gemacht wurde, fanden die Debatten überwiegend auf hoher Stufe. Wir haben unsere Leser über die Gutachten dieser wirklichen Sachverständigen, — hier warte das Wort „Interessenten“ nicht nur als Fremdwort unangebracht! —, vornehmlich über das von Prof. Sering, unterrichtet. Sie sind sich darüber einig, daß die Agrarzölle, abgesehen von, höchstens Berechtigungszölle auszuweisen seien. Allein — was kümmern die Groß-Agrarier die Gutachten der Sachverständigen? Herr von Schlang-Schöningen hat den traurigen Mut, alle anderen Argumente

fallen zu lassen und in der „D. N.“ offen einzugehen: der Zoll müsse der Landwirtschaft die Schuldlast erleichtern! Das hat noch nie ein Wirtschaftswissenschaftler verlangt, daß seine Schulden durch die Belastung der Aemtern der Armen bezahlt werden sollen! Hier haben wir wieder einen jener Fälle agrarischer Offenherzigkeit, die an Zynismus grenzen... Es heißt jetzt, daß der Reichstag, um die D. N. in der Außenpolitik bei der Stange zu halten — „nationale Parteien magden betanlich keine Kuhhändler!“ — die Reichsregierung auf

Agrar-Mindestzölle festgelegt habe. Da große Teile der D. N. und noch größere des Zentrums teinesfalls für Mindestzölle zu haben sein werden, so dürfte die Zollvorlage — und vielleicht auch die

Mit der heutigen Nummer erscheint der „Politische Wegweiser“ in einem neuen Gewande. Wir haben, um den Wünschen vieler Leser nachzukommen, einen größeren Druck gewählt. Format und Spaltenbreite mußten infolgedessen ebenfalls geändert werden. Sie entsprechen denen großer Tageszeitungen. Wir hoffen, daß die leicht lesbare und klare Schrift unseren Lesern besonders gefallen wird.

Die Schriftleitung.

Regierungskoalition! — an diesem Entschluß des Reichstages scheitern. Jedenfalls scheinen die D. N. „geschlossen“ — und in diesem Falle könnte man an ihre Geschlossenheit glauben! — an den Mindestzöllen festhalten und im Falle ihrer Ablehnung die Zustimmung zu den Industriezöllen versagen zu wollen. Kurzum: Einigkeit der Regierungsparteien auf der ganzen Linie!... Sie geht so weit, daß von tiegehenden Differenzen zwischen dem Außen- und dem Innenminister und daß ernsthaft von einem Rücktritt Streilemanns gesprochen wird... Nachdem wieder einmal die „Einmütigkeit“ der Regierung in den außenpolitischen Fragen festgestellt worden war, erklärte Graf Westarp erneut, das Sicherheitsangebot sei nur eine „unverbindliche Anregung des Außenministers“ gewesen. Daraufhin wandte sich die „deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“ in einer zweifellos von Dr. Streilemann inspirierten Ausföhlung gegen den Grafen Westarp, in der

das deutsche Memorandum

als „eine Kundgebung der Reichsregierung“ erklärt wird. Der Artikelredner wird dem deutschnationalen Führer recht deutlich und legt schließlich: „Der Wortlaut der deutschen Antwort dürfte geeignet sein, ihn über die Freizigkeit des in bezug auf den Charakter des ersten deutschen Memorandums von ihm vertretenen Standpunktes aufzuklären, insofern, was das im Auswärtigen Ausschüß angelegt worden ist, diesem Gelegenheit gegeben wird, zu der geplanten Note Stellung zu nehmen.“ Die „Gelegenheit, zu der geplanten Note Stellung zu nehmen“, war gegeben, wenn Herr Streilemann es zu der von ihm selbst geforderten, aber dann von keiner Partei verhinderten Aussprache im Reichstagsplenum vor Ablehnung der deutschen Antwort hätte kommen lassen. Allein — man wollte erst die Zölle unter Dach bringen, da die außenpolitische Debatte die mühsam zusammengebrachten Regierungskoalition zu sprengen vermöchte. Wenn nun die „Tägl. Nachr.“ wieder damit dröh, „daß die notwendige Klärung der Situation nicht auf sich werden lassen wird“, so hören wir die Botschaft wohl, allein — uns fehlt der Glaube... Zweifel hat die S. P. D. jetzt eine Interpellation eingbracht, die die

Aussprache über den Sicherheitspakt

nach vor Ablehnung der deutschen Antwortnote fordert.

Auch die „Germania“ wird sehr scharf gegen die D. N. und erklärt: „Wahrlich, es ist an der Zeit, daß die Zentrumsfaktion ihr Wort von der „höchsten Wachsamkeit“ wahrmacht. Es gibt wichtigere Dinge als die Zollvorlage, dazu gehört z. B. der politische Ruf des neuen Deutschlands als eines ehrlichen Vertragspartners“. Alles Zeichen großer Einigkeit innerhalb der Regierungsparteien... Es ist erfreulich, daß vor dem vorläufigen Abbruch der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen das

Saar-Abkommen

abgeschlossen und dadurch eine gewisse Einigkeit erfolgt ist... Inzwischen schreitet die Räumung des Ruhr- und des Sanktionsgebietes fort, so daß man mit einer Befreiung jener deutschen Gegenden mehrere Wochen vor dem angefügten Termin — trotz Graf Krentens! — rechnen darf... Der Aufruf der französischen Gelehrten und Künstler, die hier weitbildende

„Appell an die Gewissen“

den wir unseren Lesern heute mitteilen, bedeutet einen Versuch zur geistigen Erbrüftung, einen Aufruf für die Einigkeit Europas.

Die französischen Nationalisten schäumen; es find dieselben Elemente, die Painlevé am „abgeschlossenen blutigen Credit“, ein „Quadrat-Imbisch“ betiteln, — warum? Weil er sich weigert, in dem Kampf gegen die Ruffeute

giltige Gabe

anzuwenden zu lassen! Paul Boncourt hat Recht mit der Behauptung, die unsere Leser im Aufschluß von General Berruyer in der letzten Nummer des „P. W.“ finden, daß alle Konventionen über die Abschaffung von einzelnen Stützungsmitteln unehrlich seien, und daß nur eines nütze: dem Kriege selber zu Leibe zu gehen. Krieg dem Kriege!

Die Fraktionserklärung der Demokraten.

Zu den Aufwertungsgeetzen hat der demokratische Fraktionsführer Koch folgende Erklärung im Reichstag abgegeben: Die Deutsche Demokratische Partei hat sich bei Behandlung des Aufwertungsproblems von jeher vollkommen frei gehalten sowohl von demagogischer Ausnutzung der Not der Inflationsgeschädigten durch unerschöpfbare Versprechungen, als auch von kurzfristiger Verkennung der Aufwertungsnotwendigkeit. Nicht in unseren Reihen lag der Reichsjustizminister, der das verhängnisvolle Wort sprach: „Markt ist gleich Markt, eine Aufwertung gibt es nicht!“ Im Gegenteil, wir sind die Ersten, die im Senatsausschüß für die Geldberührung eingetreten sind, zu einer Zeit, als es noch möglich war, damit die Inflation aufzuhalten.

Nicht in unseren Reihen sigen die Demagogen, die sich im letzten Wahlkampf schriftlich und mündlich zu einer Aufwertung verpflichtet, die sie jetzt von sich weisen, nachdem sie Millionen von Stimmen durch diese falschen Versprechungen eingezogen haben. Die Deutsche Demokratische Partei ist daher ohne Verantwortung für die Verabschiedung eines Gesetzes, dessen Weitergang infolge mangelnder Erkenntnis der wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten und infolge der derzeitigen Verwirrung einer großen Partei, die Spuren ihrer unverantwortlichen Agitation zu verwischen, in der deutschen Gehelegeschichte einzig dastehet.

Die Aufwertung ist für uns auf der einen Seite ein moralisches, soziales und wirtschaftliches Gebot, auf der anderen Seite ein Problem der privatwirtschaftlichen und haatswirtschaftlichen Möglichkeiten. Die Aufwertung muß

Abrüstung der Geister.

deswegen nach Art und Maß bis an die Grenze gehen, welche die Aufrechterhaltung der Staatswirtschaft und Wirtschaftigkeit vertritt. Seitens neuer Institution und damit enghörige Vernichtung der Wahrung neuer Grenzen würden erneute Zerrüttung der Wahrung neuer Grenzen werden geholt werden muß, sondern auch der gesamten Staatswirtschaft und Volkswirtschaft.

Grundsätzlich handelt es sich um zwei Möglichkeiten von Aufmerksamkeit, um die individuelle und um die gesellschaftliche. Die notwendigen Gelegenheitsfälle entscheiden sich für kein klares System; sie gehen von der schmalen Aufmerksamkeit aus, aber unterbreiten diese vielfach durch unorganische und unvollkommene Einwirkung individueller Aufmerksamkeitsgründe. Die Entwürfe sind deswegen mit den Schwächen und Mängeln beider Systeme befaßt.

Die demokratische Reichsorganisation hat sich im Aufwertungsansatz bemüht, die größten Mängel zu beseitigen und auch sonst die Aufmerksamkeit für die Beteiligten berückichtigend zu gestalten. Ein Erfolg ihrer Bemühungen ist ihr verlagert geblieben, da die hinter der Regierung stehenden, in der Mehrheit befindlichen Parteien sich fast allen Änderungen entgegen gegenüber ablehnend verhielten und an dem Kompromiß festhielten, dessen Ergebnis die jetzt vorliegenden Gelegenheitsfälle sind. Verantwortlich für die in diesen Gelegenheitsfällen gefundene Regelung sind also allein die hinter der Regierung stehenden Parteien, die demokratische Partei lehnt die Verantwortung auf diesen Gelegenheitsfällen nicht ab und sieht sich gezwungen, der Verantwortung des Aufwertungsgehehes ihre Zustimmung zu verweigern.

Wenn wir uns gleichwohl auch im Plenum an der Beratung dieser Gelegenheitsfälle beteiligen werden, so geschieht dies nur deshalb, weil wir auch hier nichts unversucht lassen wollen, um den Gelegenheitsfällen zu geben, welche die von ihnen in ihrer jetzigen Fassung mit Bestimmtheit zu bezeichnenden schädlichen Wirkungen nach Möglichkeit abschwächt.

Sechszwanzig Pfennig Gegenwertwert.

Eine deutschnationale Zukunft.

Von einem Mitgliede der Deutschen Nationalen Volkspartei wird unter dem Hinweis darauf, daß die Reichsparteien, in der Aufwertungsfrage bisher jedes Verständnis für die wirtschaftlichen Nöte des Mittelstandes vermissen lassen, um die Verwirklichung der folgenden Zukunft geben.

In diesen Tagen soll die Entscheidung über die Aufwertung der alten Anleihen fallen. Es ist bisher wohl auch kein Versuch gemacht worden, einmal nachzudenken, was die derzeitigen Regierungsparteien den Besitzern von Reichsanleihen wirtschaftlich bieten. Anleihenbesitzer, die ihre Anleihen erst nach dem 1. Januar 1920 gekauft haben, im Vertrauen darauf, hiermit nur wenigstens einen Teil ihres Vermögens aus den Inflationsstürmen zu retten, sollen mit 25 Prozent Austausch anleihen abgefunden werden, die erst nach Erzielung der Dames-Versprechungen, also nach etwa 35 Jahren, verzinst werden. Unter der Annahme, daß die Austausch anleihen nach 35 Jahren wirklich auf pari steht, also volle 25 Prozent des Nominalwertes der alten Anleihen erbringt, was noch keineswegs sicher ist, ergibt die Nachrechnung, daß diese Ersparnisse einen Gegenwertwert besitzt von 0,26 Pfennig, wobei der Zinseszinstrechung ein Zinsfuß von 14 Prozent zugrunde gelegt wurde, wie er heute von den Großbanken gefordert wird. Die Regierungsparteien bieten also den derzeitigen Besitzern für je 1000 Mark Reichsanleihen 26 Pfennig Gegenwertwert. Es ist doch wirklich schade um die vielen Worte, die im Reichstag wegen einer solchen Lappalie gewechselt werden. Es wäre richtiger, offen zu bekennen: „Wir sind zwar sehr national, aber

Ein französischer Aufruf gegen die deutsche Alleinjud.

Der Kampf, den Deutschland seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages gegen das ihm in Versailles aufgedrungene „Gesetzgebungs“ seiner Alleinjud am Kriege führt, hat seit etwa einem Jahre in Frankreich selbst tiefere Bundesgenossen gefunden. Es sind die Seiten der französischen Nation, Männer, die im öffentlichen Leben, in der Politik, in Kunst und Wissenschaft, an führender Stelle stehen, Männer, denen das Bekenntnis zum Frieden und zur Völkervereinigung mehr als eine leere Phrase ist, die diesen Kampf für die Wahrheit und Gerechtigkeit allen Völkern zum Trotz mit einem Bekenntnis führen, der dem Idealismus nicht fern steht, mit dem einst Jota die Geister zum Streite für die Wahrheit aufgerufen hat. Auch sie wenden sich mit einem „Aufruf an die Geister“, an das französische Volk in seiner Gesamtheit. Dieser Aufruf hat den Schriftsteller Victor Marguerite zum Verfasser. Von etwa 100 der bekanntesten Politiker, Militärs, Professoren, Schriftsteller und Künstler unterzeichnet, fordert er um die Wahrheit, der Gerechtigkeit und des Friedens willen die Aussetzung der Artikel 227 bis 231 aus dem Friedensvertrag, d. h. des Deutschland mit Gewalt aufgedrungenen Bekenntnisses seiner Alleinjud am Kriege und des den Alliierten vorbehaltenen Rechts zu Sanktionen und Gewaltmaßnahmen gegenüber Deutschland.

Die öffentliche Meinung in Deutschland heißt es in diesem mutigen Aufruf, lehnt sich nicht gegen die ihr durch die Reparationen auferlegte materielle Last auf. Sie hat ihre Notwendigkeit begriffen und deren Regelung, die in Notwendigkeit internationale Vereinbarung endlich festgelegt worden ist, auf sich genommen. Was Deutschland nicht erträgt, ist das ihm mit Gewalt entzogene Bekenntnis seiner alleinigen Verantwortung für den Krieg, ein Bekenntnis, gegen das die öffentliche Meinung vor und nach der Unterzeichnung niemals zu protestieren aufgehört hat. Frankreich dagegen hält an dem Dogma fest, daß der Angriff durch die Invasion Belgiens unabweisbar charakterisiert ist. Diese gefährdende Situation muß unter allen Umständen gelöst werden. Der gewaltige Prozeß, an dem die gesamte Menschheit interessiert ist, kann nur vor einem übernationalen Gerichtshof und erst, wenn die Archive aller Völker geöffnet sein werden, geführt werden. Bis dahin aber bleibt die Tatsache bestehen, daß die Unterzeichnung der Artikel 231 Deutschland nur mit Gewalt und durch die Drohung, den Krieg bis zu seinem völligen Ruin fortzuführen, abgezwungen worden ist. Glaubt Frankreich diesen der Zivilisation unwürdigen Verfahren, nachdem es nach seinen eigenen Erklärungen einen Krieg des Rechts gegen die Gewalt geführt hat, durch Gewalt Rechtstakt geben zu können? Die

wir wollen doch die Inflation als Vorwand benutzen, um den ausgeblotteten Mittelstand auch um die Reste seines Vermögens zu bringen.“

Ministerpräsident Brau zur Abstimmungsgebekfeier.

Wie der Amliche Preussische Präsident mitteilt, hat der preussische Ministerpräsident Brau anlässlich der Abstimmungsgebekfeier in Allenstein an den Oberpräsidenten Siehr folgendes Telegramm gerichtet:

Wir haben Thomas Mann bisher auf seine Weise überlebt, und was sich Neuliche und Aberneuliche ereignen mögen, es gibt noch keine Generation, die nach ihm gekommen wäre, die ihn zu etwas Vergangenen, zu etwas Marmorenen machen und auf einem Postament isolieren könnte. Unsere Biographie wird also kein Denkmal sein, und unser Dichter weigert sich sogar, etwa als „der junge Thomas Mann“ porträtiert zu werden; denn er ist zwar reifer, aber durchaus nicht älter geworden, und wir hoffen sogar, nachweisen zu können, daß er — und das heißt sein Wert — allmählich jünger, kindlicher, mutwilliger, spielreudiger geworden ist, aber auch tatkräftiger und froh der Verantwortung, die gerade der Raum ihm auferlegt hat. Wenn man so will, hat unser Dichter allerdings ein Wunder erlebt oder ist sich selbst zu einem Wunder geworden, an das er als der Letzte zu glauben anfangen mußte.

Kein Dichter hat so genau über sich Nachgedacht geleitet, so bereitwillig „Rede und Antwort“ gehalten, so wenig sich hinter den heiligen Mysterien von Inspiration und Intuition verborgen. Es ist, als ob der Nachschreiber wüßiger banalischer Kaufmann, indem er sich und seinen Glaubens, seinen Glaubigen den ganzen Schaffensprozeß besingen, seinen Glaubigen den ganzen Schaffensprozeß besingen, seine Einnahme und Ausgabe vorzulegen, aus der hervorgehen sollte, daß er mit seinem Punde richtig gefühlt redlich gegangen sei. Meine Bücher haben sich in der Welt bewegt, und es zu sagen, zu jeder besonderen Auskunft noch bereit, die der Künstler schuldig, ohne daß seine Privatperson sich gefränkt oder bloßgestellt fühlen müßte. Man kann sagen, daß Thomas Mann freiwillig in einem Glashaus sitzt, und daß er eben deshalb nicht, nicht mit Steinen zu werfen, was ihm ja auch schon gefehlt war, als einige Leute ihre Hypothek in seinem Wert zu erheben glaubten, und als ihn sein junger Ruhm noch nicht sicher genug schützte.

Thomas Mann selbst ist kein bester Biograph, und er wäre es vielleicht schon, wenn er auch außerhalb seines dichterischen Wertes die Rede und Antwort gegeben hätte. Seine Dichtung ist schon Autobiographie, ist fortlaufendes

Zeit der jumarischen Gerichtsverfahren ohne Berufungsinstanz ist vorbei. Es ist eben überbirt, ein ganzes Volk zur Wehrlosigkeit zu verdammen, wie eine Einzelperson zum Tode zu verurteilen, ohne ihm Gelegenheit zur Verteidigung gegeben zu haben. Wir Franzosen, die wir die Ehre unseres Landes über alles stellen und die wir der gerechten Überzeugung sind, daß jede Verletzung der Gerechtigkeit in sich den Keim zu neuen Katastrophen trägt, wir wollen uns nicht dem Wortwort ausziehen, die Prinzipien, auf die wir uns berufen, mit Füßen treten zu haben. Wenn heute auch nicht von einer materiellen Revision des Friedensvertrages, die der Zeit und dem Völkerverbund vorbehalten bleibt, die die Abmachungen von London festgesetzte Regelung der Reparationsfrage angefaßt werden darf, so hängt es doch einzig von unserem eigenen Willen ab, daß das in Versailles aufgedrängte Gesetz nicht länger durch seinen Zwang auf dem geförderten Gleichgewicht, in dem wir leben, laste. Es gibt keine Sicherheit in der Zukunft, so lange nicht die Abrüstung der Geister, ohne die keine materielle Abrüstung möglich ist, verwirklicht ist. Deshalb muß der Artikel 231 in einem für alle Beteiligten annehmbaren Sinne modifiziert und die Artikel 227 bis 230 (Sanktionen), die die Quelle des Hasses und der Rachegefühle sind und deshalb für die definitive Wiederherstellung des Friedens nicht minder schädlich sind, abgeschafft werden. Wir stehen heute vor der Wahl zwischen der durch den Geist der Rachegefühle genährten Verewigung des Kriegszustandes und einer wahrhaften Vereinigung. Der Nationalismus in Deutschland möge sich über unsere Initiative nicht täuschen. Sie ist nicht Ausdruck der Schwäche, sondern die Bekundung der französischen Rechtschaffenheit, ein Schritt zur Verwirklichung der menschlichen Solidarität, den das Deutschland Goethes begreifen und verstehen wird. Die europäische Kultur hat heute einen letzten Trumpf auszuspielen. Sie ist für immer verloren, wenn die Schlägerei von neuem beginnen sollte.

Dieser Aufruf sollte bereits vor Wochen erschienen. Seine Veröffentlichung ist aber mit Rücksicht auf die Wahl Hindenburg zum Reichspräsidenten unterbleiben. Erst nachdem die Entwidlung der letzten Wochen gezeigt hat, daß die Voraussetzungen für eine Annäherung der beiden Länder durch den Regierungswechsel in Deutschland ohne weiteres promittiert erscheinen können, haben seine Unterzeichner sich entschlossen, damit an die Öffentlichkeit zu treten. Er trägt u. a. die Namen der Schriftsteller Victor Marguerite, Romain Rolland, Henri Barbusse, Georges Duhamel, Pierre Hamp, Jules Romains, Maurice Roland, der Professoren Gide, Signobos, Victor Seix, der Generale Gerard, Perrin, Verneau und Cabaud, der an der Spitze stehenden Frauen Leonard Dorian, Verneuil und der Marquise de Briou.

„An persönlicher Beteiligung zu meinem lebhaften Bedauern leide behindert, verleihere ich auf diesem Wege die Bevölkerung des ost- und westpreussischen Abstammungsgebietes meines wärmsten Gedanken zum heutigen Tage. Die vorbildliche und würdige Haltung der gesamten Bevölkerung an Abstammungstage vor nunmehr fünf Jahren war ein einziges mannhaftes Bekenntnis zum Deutschen Vaterland und wird in der Geschichte Preußens und Deutschlands unvergessen sein. Sie sichern der abgetrennten Provinz allezeit die Unantastbarkeit und die besondere Fürsorge des Staates.“

persönliches Bekenntnis, er hat nie mit etwas Anderem als mit dem Eigenen gewirtschaftet, und er hat mit dem ersten großen Roman sogar Nachschafft über die Entstehung eines Menschen durch vier Generationen gegeben. Bleibt von Thomas Mann außerhalb seines Wertes oder hinter ihn noch etwas übrig, und kann über ihn etwas gesagt werden, was er nicht schon selbst gesagt hätte? Ist nicht Alles hell um ihn, der die Hintergründe seiner menschlichen und künstlerischen Existenz selbst aufzudecken hat? Und muß der letztberühmte Verfasser seines Lebensbildes nicht fürchten, daß der zu Fortfahrende um Unrichtigkeit oder Willkürlichkeiten, falsche Untermauerung, unzulässige Statuten nachweist, und daß er während der Sitzung persönlich aufsteht, weil ihm die Sache zu bunt geworden ist? Man kann überdies einen Menschen, dessen Reifezeit über die private Sphäre hinausgeht, nicht ohne Bosheit schilddenen, und wir Deutsche namentlich, die wir gern mit dem Fremden leben, die wir alle Persönlichkeiten gern ins Metaphysische hinausziehen und alle unendlichen Gedanken Gottes unbedingte verehren, sollten uns an dem alten Fronte, an dem bösen, zweifelsichtigen Porträtkünstler ein Beispiel nehmen, dem seine Erfahrung das Auge so scharf machte für alle Bedingtheiten des Lebens, der Anlage, des Charakters, über die kein Mensch hinwegkommt. Der böse Bild stellt sich ein, weil er nicht hinwegsehen kann über ein trübes, widerprüchliches, mindetestens wunderliches, im besten Falle unzufriedenstellendes Verhältnis zwischen Leben und Schaffen, über eine Spannung zwischen Anspruch und Leistung, über eine irrationale Beziehung, die man auch Glück nennen kann, zwischen einer Einmaligen, Gegebenen, bloß Individuellen und einer Materialisation des Geistes, die sich davon abhebt, die Form wird, die Macht wird, die als Gefühl wandelt, ein neues Geschöpf in der Schöpfung und gar mit dem Anspruch auf Unsterblichkeit, Erlösung unter Menschentum bauert.

Wer man kann nicht leicht himmlische Bosheit über gegen einen Künstler, der unsern schimmlichen Absichten, wenn wir sie hätten oder haben müßten, schon zuvorgekommen ist, der die verdrängte Problematik alles Künstlerstums, indem er sich am wenigsten schonte, schon bejagtigt

Feuilleton

Thomas Mann.

Von Arthur Loscher

Arthur Loscher läßt in diesen Tagen im Verlag von S. Fischer ein Buch erscheinen: „Thomas Mann. Sein Leben und sein Werk.“ Wir bringen hier einen Teil des ersten Kapitels. Thomas Manns Leben, das ausschließlich die Geschichte einer Leistung ist, kann nicht mit Vögelierung, kann nur mit der kalten Lebensschafflichkeit dargestellt werden, die er selbst als Voraussetzung dem Wesen des Schriftstellers untergelegt hat. Der junge Thomas Mann hat seinen Kranz auf seinem Haupte getragen, und man kann sich auch sonst nicht vorstellen, daß er mit Gleichgültigkeiten, Gleichgültigen, Gleichgeehrten an einer Tafelrunde geswohlt hat. Es gibt kaum einen Schriftsteller, der mit weniger Heiligkeit, mit weniger Kameradschaft aufgetreten ist, der, obgleich literarisch durch und durch, weniger aus einer literarischen Kampfgemeinschaft zu stammen scheint. Das Leben von Thomas Mann entbehrt aller Inszenierung, aller sichtbar pittoresken Hintergründe der literarischen Aktion, wie es sich auch später ohne Katastrophen, ohne Rezipitation vollzieht, und der Biograph wird sich ohne die Reize des Epischen, ohne Überherrschungen und Abenteuer behelfen müssen.

Braucht Thomas Mann überhaupt einen Biographen? Man pflegt das Erdenleben eines Dichters wie die Wurzel eines Baumes anzusehen und das Werk wie seine Krone, man verliert, am Stamme die Jahresringe abzulesen und sich eine Vorstellung von dem geheimnisvollen Treiben der Triebe zu machen, die nach oben aufsteigen und in die Höhe zu wachsen gelangen. Das Schicksal eines Dichters wird von allein wieder zum Gebiet, weil die sich abblenden Generationen nach ihrer Schicksal, nach ihrem Vermögen, nach ihrem Rechtfertigungsbedürfnis an ihm raten, aus ihm bilden, weil sie sein Monument immer nur aus dem eigenen feilschen Material aufrichten können. Aber

Unbewusste und bewusste Klassenjustiz.

Von unserem juristischen Mitarbeiter.

Der Landwirtschafstsele Rehm, der am Tage vor der Reichspräsidentenwahl den Reichsbannermann Schulz in Berlin auf der Straße niederstieß, ist freigeprochen worden, weil er in berechtigter Notwehr gehandelt habe. Zweifelslos hat die Verhandlung bei den durcheinandergehenden Zeugnisaussagen kein klares Bild der Vorgänge gegeben, so daß der Grundlag in Zweifelhaftigkeit stets zugunsten des Angeklagten in Anwendung kommen konnte. Tragisch ist es nur, ob die Vorgänge nicht besser hätten geklärt werden können. Es ist wohl noch nie vorgekommen, daß in einer langwierigen Verhandlung, die um die Schuld an der Verurteilung eines blühenden jungen Menschenlebens ging, der Staatsanwalt (wenigstens nach den vorliegenden Zeitungsberichten) nicht mit einer einzigen Frage eingriff, sondern das Feld vollkommen der Verteidigung überließ. Auch aus der Art der Verhandlungsleitung war ersichtlich, daß die Sympathien des Vorherrschenden weit mehr auf der schwärzlichen Seite als auf der schwarzrotpolaren Seite waren. Der Freispruch jagte von der Anklage der Ueberlieferung der Notwehr muß daher unter diejenigen Urteile gezählt werden, denen man im Volke Klassenjustiz vorwerfen pflegt. Klassenjustiz in dem Sinne, daß die Richter unbewußt in ihrem Gesühn auf Seiten der einen Partei stehen und aus diesem Gesühn heraus Entschuldigungen finden, die die andere Seite nicht anerkennen kann. Der Unterschied gegen früher besteht darin, daß vor dem Unrechts Staatsrat und Klassenjustiz der Richter fast immer identisch waren, während jetzt bei ihnen dieselbe Ueberzeugung und Staatsgesinnung in Widerspruch stehen.

Es liegt nahe, zwischen dem Berliner und dem letzten Moskauer Urteil gegen deutsche Studenten Vergleiche zu ziehen. Hier wie dort wurden die Prozeßsagen nicht in dem Grade beachtet, wie es nötig war, hier wie dort kann von Klassenjustiz gesprochen werden. Der Unterschied besteht darin, daß in Russland die Klassenjustiz bewußt zum Recht erhoben worden ist. Nach russischer Auffassung handelt es sich nicht darum, ob sein Verhalten und seine ganze Persönlichkeit für das bestehende Regime des Proletariats gefährlich, ob der revolutionäre Staat von ihm bedroht ist. Nur aus dieser psychologischen Einstellung der russischen Richter ist das Schreckensurteil von Moskau erklärlich. Die politisch sehr unreifen und sehr unklaren deutschen Studenten haben sich überaus unvorsichtig benommen und sich offenbar antirevolutionärer Gesinnung verdächtig gemacht. Man hätte also vollkommen verstanden, wenn sie als lästige Ausländer ausgewiesen worden wären. Statt dessen hat man Gedanken zur Verantwortung gezogen und Gebärden vor Gericht gestellt und verurteilt, obwohl nichts dafür erbracht worden ist, daß sie auch nur Handlungen begangen haben, die den Anfang eines beabsichtigten aber nicht zur Ausführung gelangten Verbrechens bilden. Was man ihnen vorwarf, war die Zugehörigkeit zu einer antirevolutionären Organisation.

Wollte man diesen Grundlag auf das Berliner Verfahren übertragen, so hätte Rehmung verurteilt werden müssen, weil er von laienförmlichen Wüßingern angeführt, der seine Mitglieder mit Gummihüpfeln und Revolver herumtreiben ließ, Jedes Rechtsempfinden sträubt sich gegen einen solchen Spruch. Die liegt der Unterschied zwischen unbewusster und bewusster Klassenjustiz. In Berlin führte menschliche Unzulänglichkeit zu einem dem Gesühn widersprechenden Urteil. In Moskau ist das Gesühn ein Wohlfaßrauspruch, wie einst zu Zeiten der großen französischen Revolution. Die Schreckensherrschschaft einer Klasse ist nirgendwo anders im juristischen Aufstand legalisiert. Ein solcher Zustand ist eines Kulturstaates unwürdig.

hat. Thomas Mann begann vor dem Kriege die Memoiren eines Hofkaplans zu schreiben, und wenn er das vorläufig abgeschlossene Fragment, was durchaus zu hoffen bleibt, als großen Roman ausführt, so wird er uns jedenfalls beweisen wollen, wie nahe die Typen des Hofkaplans und des Künstlers zusammenhängen, die beide eine Rolle spielen, die die Charaktere fingieren, die beide als Pantalfen und mit dem einen Gesicht nicht Zutriebene die Wirklichkeit benutzen, um das, was sie brauchen, für sich zu verwenden oder, besser gesagt, es sich aneignen. Mit dem Unterschied allerdings, und darauf wird bei in seiner Vaterland einmal vorname Dichter der Buddenbrooks besonders bestehen müssen, daß Das, was der Künstler sich aneignet, keinem Anderen mehr gehört, keinem Anderen sie gehört haben kann. Bislang lag einmal, daß er die Lumpen des Arzten auf seinem Körper trug, wenn er auf der Straße rief: „Einmal vorname Dichter, der uns nicht sein liebt, daß er ein Harponen, der uns nicht sein liebt, daß er ein Diebstahl vollzieht, der schon so unbewußt nicht, daß er nicht anders als mit vollen Taschen nach Hause kommt.“

Um uns der schiefsten Gesellschaft zu entschlagen, die die Dinge würdiger zu benennen, Thomas Mann ist kein großer Erfinder, was ja auch Schopenhauer und Goethe nicht waren, und er braucht es nicht zu sein, weil die Wirklichkeit ihm schon genug aufgibt, weil er zu den Leuten gehört, die die Realität als Märchen und Wunder, als Unfaßbares, immer wieder Unwahrscheinliches, antaunen, als etwas, was vielleicht die Leute hat, uns eines Wortes nicht mehr zu erscheinen. So daß wir also tot wären. Denn ob wir der Welt sterben, oder ob die Welt uns stirbt, das, denke ich, wird wohl auf eins hinauskommen. Ob wir zu und die Welt antwortet, ob die Welt zu und wir antworten, das wird auch auf Eins hinauskommen. Jedenfalls finden wir in der Welt nichts, was nicht in uns wäre, und so ist Das, was man gemeinlich Beobachtung nennt, eine Art Aufgelöbtheit, eine Art von Verbundenheit, ein unheimlicher Verbundenheit mit der Erschöpfung, ein unheimlicher Zustand der Reibbarkeit, der durch den Widerstand des Schaffens gelulkt oder abgewehrt werden muß.

Der Fragesteller.

Vor der Wahl des Reichspräsidenten wurde Hindenburg den gläubigen Wählern in allen Tonarten als Retter angepriesen. Er werde die politischen Räte meistern und auch die wirtschaftliche Bedrängnis auf ein erträgliches Maß zurückzuführen. Viele haben es geglaubt. Er selbst aber hat wohl am wenigsten geglaubt, was seine sogenannten Freunde in seinem Namen alles verprochen haben. Nun klafft zwischen Verprechen und Halten eine Lücke, die mit jedem Tage deutlicher wird. In der auswärtigen Politik vertritt der Reichspräsident allein Anschein nach die gegenwärtige Kabinetspolitik. Er sieht, es geht nicht anders. Unter den Deutschnationalen aber macht man mit Worten einen starken Värm und wüßte bereits um den Kopf des Außenministers Stresemann. Besonders voll nimmt dabei den Mund ein Mann wie der „Alte Desfauer“. Es hält der deutsche Reichsregierung ein großer Bund der unterdrückten Nationen gebildet, dieser zum Ausgangspunkt einer entschlossenen Forderung gemacht und im Riesenausmaß einer solchen Völkergemeinschaft dem Terror der Entente in allen Zonen ein schnelles Ende bereitet werden könnte. Zugleich ergeht an Herrn Stresemann der kategorische Befehl: „Augeh Sie die Stunde, Herr Außenminister!“ Warum nimmt die Reichsregierung sich diese „großartige Idee“ nicht zu Herzen? Der Vorstoß des „Alten

Zur
Wiederkehr des Verfassungstages
wird am 8 und 9. August vom
„Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“
eine
Verfassungsfeier
veranstaltet.
Die Feier wird mit einer republikanischen Kundgebung
unter dem Gedanken der
Größtdeutschen Einheit
verbunden sein. Es wird mit einer sehr starken Beteiligung
aus ganz Mitteldeutschland und darüber hinaus gerechnet.
Eine besondere Bitte ergeht deshalb an die verfassungstreu
bevölkerten Kreise, nach Kräften und dem Können
des Einzelnen
Freiquartiere zur Verfügung zu stellen.
Quartierentmeldungen werden hiermit auch in der Geschäftsstelle
der Deutschen Demokratischen Partei,
Leipzigstr. 21 erbeten.

Desfauer“ löst doch geradezu spielend das ganze außenpolitische Problem und befreit uns von allen Nöten. Warum räumt man solchen vollwertigen Retter-Ersatz nicht den ihm längst gebührenden Einfluß auf die deutsche Außenpolitik ein? — Freie Bahn dem Tüchtigen!

Auch für unsere wirtschaftliche Bedrängnis will sich der verprohene Retter bisher nicht zeigen. Dieses Empfinden scheint auch der „Alte Desfauer“ zu teilen. Er wird wiederum mit Worten sehr erregt und meint, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Entwürdigung den „Stahlhelm“ zu besonderem Vorgehen zwingt. Dieser (gemeint sind natürlich die Leute die ihn vorläufig nur im Knopfloch tragen) müsse die Rechte der Gegenstände des täglichen Bedarfs sehr unter die Lupe nehmen. Treffe man dabei auf Preise, die nach gerechtem Empfinden zu hoch sind, so müssen die Verkäufer zu hoch sind, so müssen die Preise herabgesetzt werden, veranlaßt werden, die Preise herabzusetzen, oder die „Ware“ der geschwächten Kaufkraft der Bevölkerung anzupassen. Ka also! Da sieht man über die Feuerung, will höhere Gehälter und Löhne und schreit nach den Preisprüfungsstellen! Und die Lösung liegt doch so nahe! Warum greift das Wirtschaftsministerium hier nicht schnell zu und erkennt den „Stahlhelm“ zum staatlichen Kontrollorgan unserer öffentlichen Lebens? Als hervorragend geeignet könnten die Mitglieder des Jungstahlhelm gelten, die als Lehrlinge oder höhere Schüler über besonders wertvolle Erfahrungen auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens verfügen dürften. Jedenfalls bietet sich auch hier ein „Retter-Ersatz“, den man bisher gänzlich übersehen zu haben scheint. Sollten aber die Verkäufer vielfältig Bedenken gegen eine solche Preiskontrolle haben, dann brauchen sie sich ja auch nur den Stahlhelm ins Knopfloch zu stecken, um ihr eigener Kontrolleur zu sein. Also, Harmonie überall! Können wir uns etwas Besseres einfallen? Oder traut jemand dem „Alten Stahlhelm-Desfauer“ nicht?

Nach zu weiteren Vorschlägen kommt das zitierte Blatt. Es schreibt wörtlich, daß man es nicht länger dulden wolle, daß die unteren Schichten des Volkes von der Händlerhaft ausgeplündert werden und deshalb der Einkauf aller lebenswichtigen Bedürfnisse, darunter auch Kleider und Schuh, durch den Landesverband des Stahlhelm zu empfehlen sei. Desgleichen sollten die industriellen Betriebe überwacht und unjosial gegen ihre Arbeiter handelnde Kapitalverleiher künftighin boykottiert werden. Kann man mehr verprechen? Es klingt zwar ein bißchen modernistisch, aber man denke sich ein großes Stahlhelm-Warenhaus. Wenn das ganze Volk dann (um nur eins zu nennen) Stahlhelmschneiderei oder Stahlhelmschneiderei trägt, kann die Volks-

gemeinschaft doch nicht ausbleiben. Also, warum macht man das nicht? Auch die selbständigen Gewerbetreibenden und Mittelständler müßten im Interesse eines florierenden Stahlhelm-Geschäfts in Petturen ausbrechen. Und wie hüßlich müßte sich ein Völkchen vor einem Fabrikator ausnehmen, der vorn und hinten ein Stahlhelm trägt. „Bismarck gehloß!“ Man sieht, wir werden bisher in der Tere. Warum, in aller Welt, hat der „Alte Desfauer“ solange mit seiner Weisheit hinter dem Beige und die verprohene Rettungsaktion auf gehalten.

Eine Schwester? Die im Samariterdienst tätigen Frauen und Mädchen üben ihre Hilfeleistung unter dem Ehrentitel „Schwestern“ aus. Die Wächtersche, die Barmherzigkeit gegen lebende Menschen geschieht also gewissermaßen unter dem Zeichen einer Blutsverwandtschaft und unter dem Wegfall jeglichen Volks-, Klassen- und Religionsunterschiedes. Die Genfer Rote-Kreuz-Flagge schließt ja auch im Kriege Freund und Feind. — Eine Dame in Schwelmertracht in Halle scheint anderer Meinung zu sein. Sie trägt an ihrem Kleide der Barmherzigkeit recht augenscheinlich ein Abzeichen mit dem Satena. Was will diese Dame mit dem politischen Abzeichen bewenden? Soll sie Sinn und Wesen ihres Berufes erfährt? Will sie jedoch im Leiden eine Schwester oder nur für die ihr politisch Abstellenden zur Hilfeleistung bereit sein? Edel sei der Mensch, hilfreich und gut. th.

Angestelltenfragen
Billiger, bequemer und reizvoller als Einzelreisen.
Nach diesem Motto veranlaßt der freiheitlich-nationale Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA) auch in diesem Jahre nach schönen Gebieten des In- und Auslandes Gesellschaftsreisen. Verschiedene Parteien wurden bereits im Mai und Juni durchgeführt. Neben nach dem Harz, nach Hamburg und Helgoland, Odenwald, Schwarzwald und nach der Schweiz mit Absehern nach Italien stehen noch bevor.
Die Teilnehmerpreise sind äußerst niedrig gehalten. Die achtstägige Sarzreise wird z. B. für 99 Mark geboten. Hotelunterkunft, Verpflegung, Bahnfahrten, Besichtigungen usw. sind in dieser Summe inbegriffen. Die Zeitfahrkarte „Reisen“ enthält alle näheren Angaben und ist zum Preise von 30 Pf. von der Abteilung Urlaubs- und Studientreisen des GDA, Hamburg 36, zu beziehen.

Aus der Frauenbewegung

Erwerbstätige Kinder.
In überrückendem Gegenzug zu dem überlegten, zielbewussten Kampf gegen andere Formen der jugendlichen Verarmung steht die Gleichgültigkeit gegenüber der Kinderarbeit.
Die Gründe liegen zum Teil in der völligen Unklarheit, die in weiten Kreisen über Umfang und Bedeutung der kindlichen Erwerbsarbeit herrschen. Ist es doch unmöglich, zuverlässiges Zahlenmaterial von irgendwelchem Belang zu beschaffen. Denn da ja der überwiegende Teil der Kinderarbeit geheimerweise vor sich geht, so vollständig sie sich meistens in aller Seilichkeit. Die Zahlen, die bekannt werden, können sich deshalb immer nur auf einen zufällig ermittelten Teil der überhaupt tätigen Kinder beziehen, niemals auf alle.
Dessen gilt es eingedenk zu sein, wenn wir hören, daß im Jahre 1921 in Hof in Bayern 385 Kinder beim Filatstriden ermittelt wurden, 3159 in dem kleinen Kreise Auerbach im Regierungsbezirk Jena, in Leipzig im Jahre 1922: 3000, in Berlin im Jahre 1920: 1946 Kinder beim Zeitungsausgaben betroffen wurden, in Meiningen 1040, in dem kleinen Sonneberg allein 942, im Bezirk Gera 1922 annähernd 700, in Halle 1921 schätzungsweise 2400.
Daraus geht hervor, daß es sich keineswegs um vereinzelte vorkommende Fälle handelt, sondern daß Kinderarbeit auch heute eine regelmäßig in erheblichem Umfang vorkommende Erscheinung ist, und zwar daß sie, wie die Vergleiche mit der Kriegs- und Nachkriegszeit ergeben, eher eine zunehmende als eine abnehmende Tendenz aufweisen dürfte.

Kinderarbeit besteht nicht nur in der Heimarbeit, wo die Kinder durch ihre Tätigkeit stark in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung geschädigt werden, weniger aber in ihrer moralischen. In großem Ausmaß geht Kinderarbeit heute im großstädtischen Straßenleben vor sich, beim Straßenverkauf von Blumen, Zeitungen, Streichhölzern und vielen anderen Dingen, beim Ausfragen von Waren, — Verkauf von Zeitungen zumal. Aber auch in Gastwirtschaften beim Kegelspielen, beim Entsetzen im Freizeitspiel, bei Filmaufnahmen, bei Theatern, Varietes, im Zirkus- und Jahrmärktenbetrieb finden sich Kinder in erstaunlicher und, wie es scheint, immer wachsender Menge. Hier sind natürlich die Gefahren für Leib und Seele gleich groß. Die Straße der Großstadt, Filmatheater, Varietes, das sind ja alles gleicherweise ungeeignete Orte für das anfängliche, einwirkungsreiche Gemüt des Kindes, das Gut und Böse, Kadabrenswertes und Abenteuerliches noch nicht auseinanderhalten kann. Vor allem aber ist die Kinderarbeit der geschworenen Feind der Schule. Schwärmen, Zuspätkommen, Unaufmerksamkeit, lieberliche Hausarbeit und schließlich Eigenlieben sind die selbstverständlichen Folgen einer Erwerbsarbeit, die schulpflichtige Kinder in ihren Zwang einplant. Denn nicht nur die Tätigkeiten als solche lenkt die Kinder von ihrer eigentlichen Interessensphäre, der Schule, ab, sondern die lodende Umgebung, die neuen Verführungen, der erwachenden Unternehmungs- und Erwerbstrieb. Da ist Geld und unbewachte Zeit und außerdem Kino und Aneipe, Spielfahrten, Bier, Zigaretten

